

DIE LINKE. Bezirksverband Neukölln

Protokoll zur Mitgliederversammlung der LINKEN Neukölln am 06.02.17

Anwesend (stimmberechtigt): 49, zwei früher gegangen

Protokoll: Valentin Pitzen

TOP1: Begrüßung, Bestätigung der TO, des Tagungspräsidiums, der Mandatsprüfungskommission

TO: einstimmig angenommen

Tagungspräsidium: einstimmig bestätigt

Mandatsprüfungskommission: bei einer Enthaltung bestätigt

Protokollant: einstimmig bestätigt

TOP2: Bericht aus der BVV

Thomas berichtet über BVV-Sitzung am 25.01.

AfD-Stadtrat mit 13 Stimmen gewählt, LINKE hat konsequent mit nein gestimmt.

Auch Andreas Wild als AfD-Kandidat zur Bundestagswahl kommt zur Sprache, gehört zum Höcke-Flügel der Partei („Flüchtlinge in Lagern in der Heide unterbringen“).

TOP3: Vorstellung des Wahlprogrammentwurfs und Vorstellung des Entwurfs „Bundestagswahl Neukölln 2017“

- Judith Benda stellt Wahlprogramm vor.
 - Es soll ein Slogan-Wettbewerb stattfinden, an dem sich auch die BOs beteiligen können
 - Zentrale Punkte u.a.: 12 Euro Mindestlohn, Abschaffung von Befristung, Ende von Leiharbeit, Entlastung unterer Einkommen, Reichensteuer, Mieten runter, sozialer Wohnungsbau, Bildung. Der Entwurf endet mit Nein zum Krieg.
 - Es soll ein „Worst of“ mit Sünden der Großen Koalition erstellt werden.
 - Weder Oppositions- noch Regierungswahlkampf (Kipping), es geht um das Programm der LINKEN und deren Stärkung.
 - Bis 25.05.: Antragsschluss für das Programm
 - 9.-11.06.: Beschluss des Programms auf dem Parteitag in Hannover
- Lucia stellt Papier zum Wahlkampf in Neukölln vor
- Debatte:
 - Abstimmung zur Begrenzung der Redezeit (3 Minuten) Redezeit: bei 3 Neinstimmen und wenigen Enthaltungen angenommen.
 - insgesamt 17 Redner*innen

TOP4: Beschlussfassung zum Beschlussentwurf „Bundestagswahlkampf Neukölln 2017“

Änderungsanträge (s. Anhang):

Judith (mündlich):

Seite 2 unter Punkt "Aufstehen gegen Rassismus"

- nach "Bündnis Neukölln" / Aufstehen gegen Rassismus"

- bitte einfügen: "und auch mit dem Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung im Kampf gegen die sogenannten "Lebensschützer", die erkämpfte Frauenrechte, insbesondere das Recht auf eine selbstbestimmte Schwangerschaft und vielfältige Familienmodelle, massiv angreifen. Am 16.09.2017 werden wir uns ihnen erneut entgegenstellen."

Bei zwei Enthaltungen und keiner Neinstimme mehrheitlich angenommen.

BO Reuter 1:

Änderung zum eingereichten Antrag: keine Streichung und Erwähnung des thematisch passenderen Mietenvolksentscheids

Bei sechs Neinstimmen und einigen Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

BO Reuter 2:

Bei fünf Neinstimmen und einigen Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

BO Reuter 3:

Bei 14 Jastimmen, 17 Neinstimmen und einigen Enthaltungen abgelehnt.

BO Reuter 4:

Änderung zum eingereichten Antrag: ohne komplette Streichung, Streichung von „*d.h. auch dass sie sich praktisch in den Kampf für höhere Löhne einsetzen muss.*“ und des ersten Satzes der Änderung.

Bei 16 Nein-, 16 Jastimmen und einigen Enthaltungen abgelehnt.

BO Reuter 5:

Bei 6 Jastimmen und einigen Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Änderungsanträge Sandra:

Es wurde abgestimmt, ob die Anträge 1-2 und 3-7 zusammen abgestimmt werden sollten

Bei 6 Neinstimmen und einigen Enthaltungen für gemeinsames Abstimmen, wurde mehrheitlich beschlossen, die Anträge gemeinsam abzustimmen.

Die Anträge wurden mehrheitlich bei vier Neinstimmen und einigen Enthaltungen angenommen.

Der dritte Antrag wurde zurückgestellt, da die Antragstellerin zur Begründung nicht Vorort war.

Sascha (mündlich):

Änderung des Abschnitts "Solidarität mit Geflüchteten und Muslimen" in

"Solidarität mit allen Geflüchteten, Muslimen, Migrantinnen und Migranten"

Bei einer Neinstimme und einer Enthaltung mehrheitlich angenommen.

Doris (mündlich):

Im Abschnitt „Aufstehen gegen Rassismus, Kein Fußbreit den Nazis!“
Statt „Wir wirken darauf hin,“

- „Wir empfehlen,“

und hinter „bundesweiten Kampagne „Aufstehen gegen Rassismus“ gestellt werden“ ergänzen

- „unterstützen aber selbstverständlich auch alle anderen Bündnisse und Initiativen, die sich gegen Rechts (Menschenverachtung) stellen.“

Bei 11 Enthaltungen und keiner Neinstimme mehrheitlich angenommen.

Marlis (mündlich):

Im Abschnitt „Mieten runter!“

Änderung des letzten Satzes in:

„Eine Verbesserung der Bundesgesetze zum Kündigungsschutz, die Abschaffung der Sanierungsumlage, sowie eine Wohnungsbauförderung nur für kommunale Wohnungsbaugesellschaften sind überfällig.“

Bei einer Enthaltung und keiner Neinstimme mehrheitlich angenommen.

Beschluss des Beschlusentwurfs:

Bei acht Enthaltungen und keiner Neinstimme mehrheitlich angenommen.

TOP5: Sonstiges

Termine:

6. März, 18:30 Uhr: Vertreter*innenversammlung

Vorschlag des Bezirksverbandes zur Kandidatur:

Judith Benda vom Vorstand vorgeschlagen, aber weitere Kandidaturen/Vorschläge möglich

Anhang

Änderungsanträge Ronald (BO Reuterkiez):

im Abschnitt „Mieten runter!“:

den Satz streichen: „Unsere Partei muss jetzt auch im Senat liefern. Dazu braucht es Druck von außen.“

1 und stattdessen folgenden Satz einfügen: „Das werden wir ^{nur} nicht erreichen, wenn wir uns ^{nicht} auf die Umsetzung der Koalitionsvereinbarung verlassen oder Hoffnungen in eine sozialere Wohnungspolitik der neuen rot-rot-grünen Landesregierung setzen. Stattdessen müssen wir uns auf unsere eigene Kraft verlassen und gemeinsam mit Mieterinitiativen den Widerstand auf der Straße und in den Kiezen organisieren. Denn große Erfolge können nur außerparlamentarisch erkämpft werden, wie zum Beispiel die Rekommunalisierung der Wasserbetriebe in Folge eines Volksentscheids und der Tarifvertrag für Gesundheitsschutz und Mindestbesetzung an der Charité in Folge von Streiks zeigen.“
Mietenvolksentscheid

2 nach dem Satz „Wir sollten daran mitwirken, dass um einzelne Projekte Konflikte geführt werden.“

folgenden Satz einfügen: „So könnten wir beispielsweise Kundgebungen an Baustellen für Luxuswohnungsbau abhalten.“

3 nach „...Bezahlbare Mieten Neukölln“

den Satz einfügen: „Wir wollen bis Ende Mai eine Veranstaltung mit Andrej Holm zum Thema was eine wirklich soziale Wohnungspolitik ist und wie diese durchgesetzt werden kann machen.“

Änderungsanträge Steffen (BO Reuterkiez):

im Abschnitt "Politische Ausgangssituation":

4 Ersetzung des Satzes: "Die SPD macht trotzdem mit Martin Schulz einen Wahlkampf für Gerechtigkeit und höhere Löhne, d.h. auch dass sie sich praktisch in den Kampf für höhere Löhne (auch in Berlin) einsetzen muss. Der Kampf gegen Lohndumping muss eine Abkehr von der Agenda 2010 bedeuten."

durch folgenden Satz: "Die SPD macht trotzdem mit Martin Schulz einen Wahlkampf für Gerechtigkeit und höhere Löhne. Doch es gibt keine Anzeichen dafür, dass die Wahl von Schulz einen grundsätzlichen personellen oder politischen Wandel in der SPD kennzeichnet. Steht doch Schulz als EU-Politiker als Vertreter der Austeritätspolitik, die die Verarmung der griechischen Bevölkerung erzwungen hat."

5 Ersetzung des Satzes: "Um in der Öffentlichkeit deutlich zu machen, dass wir uns Verbesserungen nicht verschließen, aber wir gleichzeitig an unseren Grundsätzen festhalten, sollte DIE LINKE Haltelinien und Mindestanforderungen an Regierungsbeteiligung formulieren."

durch folgenden Satz: "Die LINKE Neukölln setzt sich für einen kämpferischen Oppositionswahlkampf ein. Um in der Öffentlichkeit deutlich zu machen, dass wir uns Verbesserungen nicht verschließen, aber wir gleichzeitig an unseren Grundsätzen festhalten, sollte DIE LINKE Anträge für einen Mindestlohn von 12€, eine solidarische Gesundheitsversicherung, eine Millionärssteuer und für andere soziale Verbesserungen einbringen und allen Maßnahmen von SPD und Grünen die soziale Verbesserungen beinhalten würden zustimmen ohne in eine Regierung der kapitalistischen Krisenverwaltung einzutreten."

von: Sandra Boden

Änderungsvorschläge bzw. Anträge an das Papier der MVV !

1.

Das Wort **sollte** mit dem Wort **muss** zu ersetzen!

... Um in der Öffentlichkeit deutlich zu machen, dass wir uns Veränderungen nicht verschließen, aber wir gleichzeitig an unseren Grundsätzen festhalten, **muss** DIE LINKE Haltelinien und Mindestanforderungen an Regierungsbeteiligung formulieren.

(Begründung erfolgt mündlich, falls gewünscht)

2.

Die Causa Holm

Das Wort Causa ersetzen durch der Fall Holm.

Begründung: Unnötige Fremdwort braucht man in diesem Zusammenhang meiner Meinung nach nicht.

3. Im Abschnitt: Aufstehen gegen Rassismus. Kein Fussbreit den Nazis! Nach dem Satz "...Plakat aus dem Abgeordnetenhauswahlkampf wiederverwenden. "

Hinzufügen:

" Wir sollten innerhalb der Arbeit im Bündnis "Aufstehen gegen Rassismus" als Partei DIE LINKE nicht den Blick verlieren auch mit anderen Antifa und Antira Gruppen politisch zusammenzuarbeiten."

4.

Sowie nach dem letzten Satz in diesem Abschnitt hinzufügen:

"Derzeit wird das Asylrecht nach Genfer Flüchtlingskonvention, aufgrund des Flüchtlingsdeals der deutschen Regierung mit der Türkei, ausgehebelt. Der Flüchtlingsdeal mit der Türkei muss aufgekündigt werden.

5.

Im Abschnitt: Solidarität mit Geflüchteten und Muslimen

Nach dem Satz " ...und die Festung Europa, an deren immer mehr Menschen ertrinken."

Hinzufügen: " Wir streiten für legale und sichere Fluchtwege nach Europa! Frontex muss abgeschafft und durch eine koordinierte Seenotrettung in europäischer Verantwortung ersetzt werden."

6. Im selben Abschnitt nach "...Wohnungen für Geflüchtete."

Hinzufügen: "Die Hangars auf dem Tempelhofer Feld müssen sofort aufgelöst werden und die Menschen in Wohnungen untergebracht werden. Die Alternativen für menschenwürdige Unterbringung müssen genutzt werden, allein 1,3 Millionen Quadratmeter Büroflächen stehen leer, die schnell in Wohnungen umgewandelt werden könnten. Auch in Neukölln gibt es Flächen wie z.B. das Gelände der ehemaligen Frauenklinik."

7. Im Abschnitt: Anti-Krieg, Frieden

Nach "...bleibt ein Alleinstellungsmerkmal der Linken."

Die Antikriegshaltung muss eine rote Haltelinie möglicher Regierungsbeteiligungen sein.